



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Oliver Jörg, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Bernd Kränzle, Michaela Kaniber, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

### **Größtmögliche Transparenz in Bezug auf Herkunft von Kunstwerken schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umfassend mündlich und schriftlich zu berichten:

- wie mit den von den amerikanischen Besatzungsbehörden beschlagnahmten Kunstwerken verfahren worden ist, die während der NS-Herrschaft verfolgt, oft jüdischen Vorbesitzern geraubt worden waren;
- ob sich nach Übergabe der Kunstwerke von den amerikanischen Besatzungsbehörden an den Freistaat Bayern Mitte der fünfziger Jahre die Praxis des Umgangs mit den Kunstwerken veränderte;
- ob Kunstwerke mit Zutun der Leitung der Staatsgemäldesammlungen oder der Staatsregierung wieder in den Besitz von Angehörigen ehemaliger NS-Täter gelangt sind und wenn ja, wie viele und unter welchen Bedingungen;
- ob Kunstwerke in den Besitz der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen gelangt sind und wie mit diesen weiter verfahren wurde und wie viele dieser Kunstwerke sich heute noch in den Sammlungen des Freistaates Bayern befinden;
- Für wie viele dieser Kunstwerke die Provenienz zwischenzeitlich zweifelsfrei festgestellt werden konnte und inzwischen an Nachkommen bzw. Erben von in den dreißiger und vierziger Jahren verfolgten Vorbesitzern restituiert werden bzw. in der Plattform Lost Art veröffentlicht werden konnten.

### **Begründung:**

In verschiedenen Medien wurden Vorwürfe gegen das Vorgehen der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Staatsregierung in Fragen des Umgangs mit Kunstwerken erhoben, die während der NS-Herrschaft verfolgten Vorbesitzern entzogen worden waren. Diese bezogen sich auf Vorgänge der 50er und 60er Jahre.

Der Landtag ist sich der großen Verantwortung gegenüber den Opfern des NS-Regimes bewusst und fordert daher größtmögliche Transparenz über die in den Medien erwähnten Vorgänge.